

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden, Raben & Komp., Nr. 20012.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Geb. Kersch, Dresden.

Abonnementpreise einschließlich Frangos monatlich 3.00 M. Durch den Post bezogen vierteljährlich 8.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 9.00 M.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Redaktion: Bismarckplatz 10. Tel. 25 281.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Bismarckplatz 10. Tel. 25 281.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Insertionspreis: die 7 gelbste Monoreilezeile 50 Pf., davon 40 Prozent Zeitungszuschlag, bei Familienanzeigen die Zeile 60 Pf. (ohne Zuschlag). Inserate sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme an sonst gedruckten Tagen kann nicht übernommen werden. Für Briefbeantwortung 20 Pf.

Nr. 211.

Dresden, Freitag den 12. September 1919.

30. Jahrg.

## Eine Niederlage Clemenceaus

### Veröhnliche Antwort der Entente.

Clemenceau, der Unerbittliche, hat in Versailles endlich eine Niederlage erlitten. Aus Basel wird gemeldet: Der veröhnliche amerikanische Standpunkt in der Frage der Abänderung der deutschen Verfassung hat nunmehr endgültig durchgedrungen. Nach einer Meldung des New York Herald hat der Rat der Fünf mit 4 gegen 1 Stimme den französischen Vorschlag auf Vorwarsch der Alliierten nach dem Ablauf des Ultimatums abgelehnt. Durch den amerikanischen Antrag wird nunmehr eine veröhnliche Antwort abgelehnt. Die Redaktionskommission wird eine Note, die von dem amerikanischen Delegierten Volk verfaßt wurde, als grundlegend für die Antwort benutzen.

Berlin, 12. September. Bei der Reichsregierung war die Entente gestern bis zur späten Nachmittagszeit nicht eingelaufen. Am Laufe des heutigen Tages dürfte das Gutachten der Entente für Oberpräsidenten vom Ausschuss der Reichsregierung veröffentlicht werden. Dem Vernehmen nach läßt dieses Gutachten den Willen der Entente zu einer durchaus objektiven Haltung erkennen.  
Die Veröffentlichung der Antwort der Entente auf Deutschlands Note wegen der Verfassungsänderung dürfte gleichfalls nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es wird gemeldet:

Bern, 12. September. Der Oberste Rat hat die Antwort auf die deutsche Note wegen Artikel 61 der Reichsverfassung beendet. Sie ist gestern abend der deutschen Abordnung überreicht worden und soll veröffentlicht werden.

### Drants Bericht.

Berlin, 11. September. Major Drant, der Vorkämpfer der deutschen Kampfschwärme für Kriegsgefangene bei der Friedensdelegation in Versailles hat heute in Vertretung des englischen Hauptmanns W. G. Finchley Coote von der alliierten Militärmission in Versailles den Kriegsgefangenen von Vorkämpfer einen Besuch abgeleistet. Major Drant hat unsere Kriegsgefangenen in seine Verfassung, gut aussehend und zufriedenstellend gefunden. Das erste Wiedersehen der Kriegsgefangenen mit einem Vertreter der deutschen Heimat habe sie sehr glücklich gemacht. Jedoch sind Major Drant unendlich viel Interesse bei den Kriegsgefangenen für die jetzigen Zustände in Deutschland. Er wurde mit Fragen bedrängt. Sie wollten wissen, wie weit es mit der Heimat, wie sich die deutsche Zukunft darstellt. Major Drant konnte in kurzen Sätzen den Entwicklungsgang vom alten zum neuen Deutschland schildern und feststellen, daß nicht ganz wenig die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes den meisten Kriegsgefangenen am Herzen liegt. Das gab ihm Mut, die Hoffnung auszusprechen, daß die deutsche Jugend, die in Heimatsland schwer gelitten hat, in die Heimat zurückkehrend, das erste Befreien haben werde, mitzuarbeiten am neu wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

Berlin, 11. September. Die Reichsregierung hat die Kriegs- und Zivilgefangene teils mit, teils ohne Genehmigung der englischen Regierung die in Malta befindlichen deutschen Kriegsgefangenen jetzt in die Heimat zurückgeführt werden. Der Dampfzug, der russische Kriegsgefangene nach dem Schwarzen Meer gebracht hat, und der Dampfzug, der gleichfalls mit russischen Kriegsgefangenen unterwegs ist, werden auf der Mittelsee Malta anlaufen, um alle dort befindlichen Deutschen aufzunehmen.

Amsterdamer Blättern zufolge, haben die Niederländische Regierung und die in Betracht kommenden niederländischen Eisenbahngesellschaften dem Plane zugestimmt, die in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in Transporten von je 3000 Mann über die Niederlande nach Deutschland zurückzuführen.

### Otto Bauer über den österreichischen Frieden.

Über den Friedensschluss und seine Folgen hielt der ehemalige sozialdemokratische Staatssekretär des Reichens Dr. Otto Bauer am Mittwoch in einer Wählerversammlung in Wien einen Vortrag. Er stellte den Charakter des Friedens als einen Generalfrieden dar und sagte: Die schlimmste Bestimmung im Friedensvertrag ist wohl die, die vom Anschluß an Deutschland handelt. Wenn auch diese Bestimmung im Friedensvertrag nicht enthalten wäre, so könnten wir uns heute demnach nicht an Deutschland anschließen, weil wir von den andern Staaten zu abhängig sind. Für die Zukunft bedeutet jedoch diese Bestimmung ganz etwas anderes. Gewiß kann der Anschluß nur dann erfolgen, wenn der Rat des Völkerbundes ihn zuläßt. Das wäre keine leichte Sache. Denn wir können uns wohl denken, daß Engländer und Amerikaner für den Anschluß sich erklären, nicht aber vielleicht Frankreich. Doch die Weltgeschichte ist noch nicht abgeschlossen.

Sie ist im März in Weimar war und dort mit der deutschen Regierung verhandelte, da waren wir über eine Reihe wirtschaftlicher Fragen einig. In finanzieller

Sicht hatten wir vereinbart, daß Deutschland so aufgenommen würde, als ob es seit dem Jahre 1914 zu Deutschland gehöre. Die Kriegsanleihe wäre von Deutschland mitbezahlt worden. Auch sollte das deutschösterreichische Eisenbahnsystem in das reichsdeutsche Eisenbahnsystem eingegliedert und der Tarifausgleich eingeführt werden. Das Defizit wäre ausgeglichen worden. Wir waren auch darüber einig, daß unsere Industrie in Deutschland einer besondern Pflege und eines besondern Schutzes bedürfte. Da hat uns Deutschland schon zugestanden, daß es unsere Industrie seine Märkte ohne jeden Zoll zur Verfügung stellen und wir frei ausführen könnten, wir aber trotzdem das Recht haben sollen, für eine Reihe von deutschen Industrieprodukten auf einige Jahre hinaus Zölle einnehmen zu können.

Wir haben auch über Währungsfragen verhandelt. Damals wurde behauptet, daß bei der Uebernahme für die Mark zwei Kronen berechnet werden sollten. In Wirklichkeit aber war der Kurs noch nicht festgelegt. Doch wurde vereinbart, daß die Krone bei der Uebernahme mit mehr als einer halben Mark berechnet werden sollte. Auch wurde zur Sprache gebracht, daß unser kleines Deutschland seine Kultur, seine Hochschulen, Museen, Hoftheater usw. nicht erhalten könne, wobei von Seiten der deutschen Regierung erklärt wurde, daß für die Krone das Reich aufkommen werde.

Ueber alle diese Verhandlungen konnte damals nichts veröffentlicht werden, weil sich die deutsche Regierung dies verbat, und zwar mit dem Hinweis, daß, wenn England und Frankreich erfahren, daß Deutschland zu solchen Opfern bereit sei, sie ihm auch noch unsere Kriegskosten aufzahlen würden. Ich habe damals nach meiner Rückkunft nur der Regierung und dem Staatsrat davon Mitteilung gemacht.

Heute müssen wir uns den Richtigsten fügen. Es ist eine kindliche Demagogie, wenn Großdeutsche auf der einen Seite und Kommunisten auf der andern gegen den Frieden schreiben und erklären, daß wir ihn nicht hätten abschließen sollen, wobei sie ganz genau wissen, daß wir nicht anders konnten. Sicher ist, daß dieser Friede nichts anderes ist als eine Episode in der Geschichte, die vorübergehend wirkt, wie so viele andre vor ihr. Für absehbare Zeit sind wir an diesen Frieden gebunden. Wir müssen seine Bestimmungen durchführen, so gut es geht. Die Uebergangsperiode müssen wir durchmachen.

### Scheidemann über die Lage.

Wd. Basel, 11. September. Vor einer gemäßigten Volksmenge hielt der frühere Reichspräsident Scheidemann heute abend eine große Rede, in der er u. a. ausführt:

Eine Regierung, in der die Sozialdemokratie fehlt, können sich heute nur die rückwärtigsten Reaktionärspolitiker denken. Eine Regierung von rechts bedeutet die Monarchie, eine Regierung von links bedeutet die sogenannte Räteherrschaft. Beide sind ohne schwere innere Kämpfe nicht denkbar, beide Experimente müßten mit dem Zusammenbruch enden, beide bedeuten die Gefahr schwerster äußerer Konflikte. Ich verlange von den Monarchisten nicht, daß sie mit einem Male aufgeben, was den Gehalt ihres Lebens bildet. Ich verlange aber, daß sie sich nicht in Gegenpaß stellen zu den Lebensinteressen ihres Volkes und daß sie nicht neue Krisen heraufbeschwören.

Wir erleben jetzt das sonderbare Bild, daß nach einem Kriege, der von dem Bestand im Namen der Demokratie geführt wurde, die Monarchiegefahr von der Verbandsseite kommt. Ich wünsche den Sozialdemokraten der Verbänden von ganzem Herzen die Macht zu verhindern, daß noch dem festgeschlossenen Versuch in Ungarn, in Rußland mit der Wiedererrichtung der Monarchie der Anfang gemacht wird. Ich hege ein viel zu festes Vertrauen in den entschiedenen Willen des Volkes, als daß ich für Deutschland den Erfolg einer monarchistischen Gegenrevolution fürchten könnte. Denn aber, die vielleicht noch denken, mit diesem Feuer zu spielen, mögen gewarnt sein.

In Rußland herrscht die nackte Despotie einiger Parteiführer, ein System, das sich das deutsche Volk, die deutsche Arbeiterklasse, keine vierzehn Tage gefallen ließe.

Keine Regierung kann ein geschicktes, durch einen entschiedenen Krieg kühnlich und festlich gestütztes Volk mit einem Schloß zu einer Schaar von Stülchen und Zufriedenen vermannen. Die Bestimmungen, die da entstehen, demagogisch anzunehmen, ist keine Kunst.

Die Frage der Unterzeichnung der Friedensbedingungen war vielleicht nicht weniger verhängnisvoll, als die Frage der Ermöglichung der Kriegskredite. Ein Teil der Reaktion zu dem ich gehörte, war der Meinung, daß dieser Vertrag nicht unterzeichnet werden dürfe, und er hoffte, wie ich schon dort, auf Grund sehr wichtiger Berichte aus dem Ausland, daß einige Wunden der Weigerung genügen dürften, um eine gründliche Revision des Vertrags durchzuführen. Der andre Teil, der erst die Minderheit war, aber bald zur Mehrheit wurde, war anderer Meinung. Die Anhänger der Unterzeichnung sagten, und wir Gelehrten blieben in der Minderheit. Wir haben damals die demokratischen Konventionen gezogen und haben uns, obwohl es uns nicht leicht ankam, der Mehrheit gefügt. Ich selbst habe den Vertrag nunmehr unterzeichnet. Nachdem er aber unterzeichnet ist, müssen wir bemüht sein, die eingegangenen Bedingungen zu erfüllen.

### Berrat am Sozialismus.

Der Schlußtag auf der Reichskonferenz der U. S. D. erweitert das Bild der Zerfahrenheit, Hilfslosigkeit und Auflösung, das der linksradikalismus gegenwärtig bietet. Denke, Bremen, einer der Verteidiger des Parlamentarismus, erklärte zum Räteystem, es werde viel davon geredet, aber noch keine habe klar gesagt, wie das revolutionäre Räteystem nun eigentlich aussehen sollte. Einige andre Redner wandten sich heftig gegen einen Wissenschaftler wie Kantow, der abgelehnt ist werden oder die Kontingenz ziehen müßte. Der Oberredakteur der Freiheit, Hilferding, erklärte die Frage des Antiparlamentarismus als eine Frage für Leute, die an der Grenze zwischen Anarchismus und Sozialismus ständen. Für wahre Sozialisten sei der Antiparlamentarismus überhaupt kein Thema.

Hält man das alles zusammen mit der Feststellung Senfcs, es seien „neue Klassen zur U. S. D. gekommen, die nur nach Stimmungen handeln“, so geben hiermit Vorkämpfer der Unabhängigen zu, daß ihre Partei von unklaren, anarchischen Elementen stark durchsetzt ist, wie es ja auch nicht erst seit heute und gestern bekannt war, daß eine solche unabhängige Richtung, an deren Spitze Däumig steht, dem demokratischen Parlamentarismus jeglicher Gehalt den Krieg bis ans Ende angelagt hat. Besteht demnach zwischen der Sozialdemokratie und der Rechts unabhängigen Einigkeit darüber, daß der Antiparlamentarismus als gefährliche anarchische Spielerei abzulehnen sei, so bleiben doch erhebliche Meinungsverschiedenheiten grundsätzlicher Art zwischen den beiden Richtungen bestehen darüber, welche Aufgabe einer sozialistischen Partei in einem demokratischen Staatssystem innerhalb des Parlaments zufällt.

Die Sozialdemokratie steht unabänderlich auf dem Standpunkt, daß es die Aufgabe der Arbeiterklasse in einem demokratischen Staat sei, die politische Macht auf die Weise zu erobern, daß der Sozialismus die Mehrheit der wahlberechtigten Volksgenossen für sich gewinnt, damit auch die Mehrheit im Parlament erhält und dann aus ihr heraus eine Regierung bildet, die das Land nach sozialistischen Grundgedanken regiert und verwaltet. Die Unabhängigen jedoch, bis weit in ihren rechten Flügel hinein, wollen das Parlament nur als Fiktionstrümpfe für eine revolutionäre Propaganda gelten lassen. Es kommt dann alles darauf an, was man unter „revolutionär“ versteht. Darüber scheint unter den Unabhängigen Einigkeit zu bestehen, daß eine neue Revolution im Sinne einer gewalttätigen Umwälzung bevorstehe und daß man für sie mit mehr oder weniger Vorbehalt Propaganda treiben dürfe. „Wir wollen die Revolution“, schrieb der junge Herr Geier jüngst in der Leipziger Volkszeitung. Man sieht aber die Sache so: Wenn die neue gewalttätige Umwälzung überhaupt einen Zweck haben soll, so kann es nur der sein, die Demokratie mit samt ihrem Parlament zu beseitigen, um die Räteherrschaft an ihre Stelle zu setzen. Entweder man muß den Schwerg der Demokratie voraussehen und wünschen, und dann kann man im Sinne der Unabhängigen im Parlament und anderswo „revolutionäre Propaganda“ treiben, oder aber man vertritt den anarchischen Antiparlamentarismus, und dann wird man nicht in das Parlament gehen, um die Demokratie durch revolutionäre Propaganda zu zerstören, sondern man wird es umgekehrt als Aufgabe der Revolution betrachten, die Demokratie zu schützen und auf ihrem Boden den Klassenkampf für den Sozialismus auszuspielen.

Sind also die antiparlamentarischen Anarchisten in der Unabhängigen Partei in ihrer Art vollkommen konsequent, so bleibt die Politik der andern ein Gemisch von Halbheit, Zweideutigkeit und unbedachter Dummheit. In manchen Fällen vielleicht auch bewußter. Denn wir können nicht glauben, daß alle Unabhängigen imstande waren, ihre früheren sozialdemokratischen Gesinnungen zu wechseln, wie man ein Pferd wechselt. Auch unter den Unabhängigen gibt es noch Leute, die im Grunde ihres Herzens ihrer alten sozialdemokratischen Ueberzeugung treu geblieben sind. Aber daß sie das gar nicht mehr auszusprechen wagen, das ist ihre Schand und ihre Schande. Indem sie vor den überrevolutionären Windbrüthen einen Rückschlag nach dem andern vollziehen, eine Kapitulation nach der andern vornehmen, übernehmen sie eine sehr schwere Verantwortung für mögliche kommende Ereignisse, die sie selbst nicht wünschen, obgleich sie jetzt unter dem Druck des Zerrors so tun müssen, als wünschten sie sie. „Revolutionäre Situationen“ im Sinne der anarchischen Unantastlichen werden niemals wiederkehren, über die Demokratie hinaus gibt es keine Staatsform, die die Arbeiter in ihrem Klasseninteresse eifrig antreiben könnten, und der Gewaltkampf um eine unmögliche Staatsform wäre keine Revolution, sondern nur ein sinnloses blutiges Gemetzel. Populär man aber das Wort Revolution im Sinne einer fundamentalen Umwälzung, die sich innerhalb der Demokratie gewaltlos vollzieht, dann allerdings befinden wir uns in einer revolutionären Situation, die noch lange dauern, aber nicht im Straßenkampf, sondern im friedlichen Kampf der Geister entschieden werden wird.

Die Frage der Gewaltanwendung hat in früheren Rei-